Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 25 — Montag, den 31. Januar 1921 — 49. Jahrgang

Oberschlesier!

Das Vaterland fragt Dich:

Hast Du Deinen Stimmantrag eingereicht?

1387

Wenn nicht, wende Dich sofort an die nächste Ortsgruppe der
Vereinigten Verbände heimatstreuer Oberschlesier.

Jeder Wahnsinn übertroffen!

Nach außerordentlich bewegten Verhandlungen und nach einer Reihe von Sitzungen kam in Paris das Einvernehmen zwischen Frankreich und England in der Wiederherstellungsfrage zustande. Es sei gleich vorweg bemerkt, daß es Deutschland weit schwerere Opfer auferlegt, als man jemals erwarten konnte. Die getroffenen Abmachungen lauten: Deutschland wird den Alliierten bezahlen: zwei Jahresraten zu 2 Milliarden, drei Jahresraten zu 3 Milliarden, drei Jahresraten zu 4 Milliarden, drei Jahresraten zu 5 Milliarden, 31 Jahresraten zu 6 Milliarden. Dazu kommt noch eine 12½prozentige Taxe auf die deutsche Ausfuhr. Danach hat Deutschland

226 Milliarden innerhalb von 42 Jahren

zu zahlen. Zu diesen schweren finanziellen Lasten, die Deutschland nunmehr tragen soll, kommt noch eine Reihe von Strafbestimmungen hinzu, falls es diese Verpflichtungen nicht erfüllt. Zu diesen Strafbestimmungen gehört die Beschlagnahme der Zölle, die Besetzung des Ruhrgebiets, der Aufschub der Räumungsfristen für das linke Rheinufer und die Anwendung des Artikels 270 des Friedensvertrages, der besagt, daß für die Rheinlande ein besonderes Zollsystem eingeführt werden könne.

Die Interalliierte Konferenz hat Sonnabend vormittag in einer Vollsitzung das Abkommen des Ausschusses über die deutsche Kriegsschuld angenommen, „mit einigen kleinen Aenderungen, die Lloyd George wünscht", wie es in dem amtlichen Bericht heißt. Auch über die Strafmaßregeln, die bei Nichterfüllung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen in Anwendung kommen sollen, ist nach der „Agence Havas" eine Einigung erfolgt. Der Beschluß soll allen Regierungen gleichzeitig bekanntgegeben werden, wahrscheinlich zugleich mit der Einladung der Vertreter des Deutschen Reiches, sich zu der Konferenz einzufinden, die am 28. Februar in London stattfinden und die, wie es in einer Zeitung heißt, „die Konferenz von Genf überflüssig machen soll". Vorher soll, nach dem „Journal des Debats", noch die Beratung der Sachverständigen in Brüssel stattfinden, bei der die Durchführung des Abkommens besprochen werden müßte. Es darf bezweifelt werden, ob der Hauptsachverständige Deutschlands, Staatssekretär Bergmann, an dieser Beratung teizunehmen bereit ist, da er die auf der Pariser Konferenz vereinbarten Forderungen für gänzlich unannehmbar hält. Von den großen Pariser Blättern ist der „Temps" mit dem Abkommen zufrieden, obwohl er auf einige Schwierigkeiten bei der Durchführung der Bestimmungen aufmerksam macht. „Wenn Deutschland nicht reicher wird, kann es uns nichts bezahlen, und wenn es sich durch seinen Handel bereichert, erliegen wir seiner Konkurrenz", heißt es im Leitartikel der Zeitung. Auch werde es für Frankreich sehr schwer sein, auf Deutschland einen Druck auszuüben. Wenn es Deutschland zur Steigerung seiner Produktion bringe, würden die Engländer und Belgier sich geschädigt fühlen. Wenn es einen Zwang anwenden wollte, so bekomme Frankreich selbst kein Geld. Ministerpräsident Briand hat einigen Mitgliedern der Presse mitgeteilt, daß die Vorschläge der militärischen Sachverständigen in der Entwaffnungsfrage von dem Obersten Rat angenommen seien, einschließlich der Sanktionen, die sogar noch etwas verschärft sind. Der Vorschlag der Sachverständigen sehe ein Gesetz vor, das die deutsche Regierung dem Reichstag vorlegen solle.

Das Urteil für Deutschland.

Der offizielle Mitarbeiter der Havasagentur sagt, daß im Laufe des Sonnabends Abends Deutschland folgende Beschlüsse mitgeteilt wurden: Hinsichtlich der Entwaffnung werde der Bericht des Marschall Foch etwas geändert. Deutschland muß nach und nach seine Gesetzgebung der im Friedensvertrage geforderten anpassen, die überzähligen Offiziere vor dem 28. 2. entlassen, die Bürgerwehren vor dem 30. 6. auflösen, seine Reservedschiffe vor dem 30. 4. entwaffnen, die in Bau befindlichen Kriegsschiffe, sowie alle U-Boote vor dem 31. 7. zerstören, die im Jahre 1919 zerstörten Zeppeline ersetzen, ferner verzichten eine Luftpolizei zu bilden und die alliierten Definitionen annehmen. Die Abkommen der Alliierten betreffend die Wiedergutmachungen werden der Wiedergutmachungskommission mitgeteilt werden, die den deutschen Export überwachen wird. Deutschland wird den Alliierten entsprechend den ihnen zufallenden Anteilen Gutscheine für die Jahreszahlungen geben. Die beschlossenen Maßregeln bestehen vor allem in der Besetzung neuer Gebiete. Verlängerung der Besetzung der Rheinlande und Ausschluß Deutschlands vom Völkerbund. Die Prämien von 2 Goldmark pro Tonne guter Kohle werden aufrecht erhalten. — Dem Abkommen der Pariser Konferenz ist auf Antrag von Briand ein Vorwort vorangestellt worden, in dem es heißt: Die Alliierten betrachten die erzielte enge Vereinigung als die sicherste Garantie für den Weltfrieden und für die Ausführung der Verträge, unterstützt durch die Achtung vor dem getroffenen Abkommen und den fortgesetzten Sanktionen. — Die Pariser Morgenblätter zeigen sich allgemein befriedigt von dem Ergebnis der Konferenz.

Lloyd Georges befriedigt über die Pariser Konferenz.

(W) Am Schluß der Sonnabend-Konferenz erklärte Lloyd George französischen Journalisten, sein Eindruck von der Konferenz sei ausgezeichnet, er habe kaum eine Konferenz besucht, die er mit so allgemeiner Befriedigung verlassen habe. Wenn man zu keiner vollständigen Verständigung gelangt wäre, so wäre die Katastrophe dagewesen, und nur die Deutschen hätten sich darüber freuen können. Die Deutschen würden allerdings nicht so recht mit dem Ergebnis der Konferenz zufrieden sein. Irgendwelche Schwierigkeiten in der Kontrolle der Ausfuhr fürchte er nicht. Es ständen den Alliierten mehr als ein Mittel zur Verfügung, um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Vor allen Dingen würde man die Zollkontrolle einrichten. Die Kontrolle werde allerdings durch einen deutschen Beamten ausgeübt werden, aber die Ernennung dieses Beamten werde nur auf der Aufsicht der Wiedergutmachungskommission erfolgen können, die jeden Augenblick seine Abberufung fordern könne. Wenn die Deutschen trotz dieser Kontrolle ihre Ausfuhr verheimlichten, brauche man sich nur an die verbündeten Regierungen, oder gar an die neutralen Regierungen wenden, die ja größtenteils schon Statistiken über ihre Einfuhr veröffentlichen. Man würde dann diese Statistiken mit den deutschen Ziffern zu vergleichen haben. Ueber die militärischen und nichtmilitärischen Zwangsmaßnahmen erklärte Lloyd George, man müsse sich wohl davor hüten, die Kontrolle der deutschen Zölle, die keinerlei Zwangsmaßnahme sei, mit der Errichtung eines Zollregimes durch die Alliierten zu verwechseln, was natürlich eine Zwangsmaßnahme sein würde. Man habe vermieden, den Ausdruck Beschlagnahme zu gebrauchen, wie man überhaupt ganz allgemein zu vermeiden gesucht habe, daß die deutsche Empfindlichkeit verletzt werden könnte. Es sei den Alliierten nicht daran gelegen, die Deutschen zu erniedrigen, sondern daran, in den Besitz ihrer Forderungen zu gelangen. Die rein moralische Maßnahme, die Nichtaufnahme Deutschlands in den Völkerbund, die auf Vorschlag Curzons zur Annahme gelangte, könne dadurch verwirklicht werden, daß sich die Alliierten der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund widersetzten, falls es sich weigern sollte, die soeben unterzeichnete Lösung anzunehmen. Lloyd George wies noch besonders darauf hin, in welchem Geist die Maßnahmen zur Anwendung kommen sollten. Die Alliierten seien sich darüber einig, daß man sie nicht leichtfertig zur Anwendung bringen dürfe. Man werde mit anderen Worten Deutschland nicht gleich wegen jeden kleinen Vergehens mit der Anwendung dieser Maßnahmen drohen. Aber diese Maßnahmen werden in ihrer Gesamtheit nur zur Annahme gelangen, wenn die Alliierten es für notwendig halten. Die Reparationskommission wird ihre Arbeiten fortführen, weil Frankreich wünscht, daß die Gesamtsumme aller Alliierten Deutschland gegenüber gemäß dem Antrage festgestellt würde, und da werde man immerhin die Möglichkeit voraussetzen können, daß Deutschland das jetzt getroffene Abkommen nicht annehme. In diesem Falle werde nichts anderes übrig bleiben, als die Bestimmungen des Paktes restlos und buchstäblich zur Anwendung zu bringen. Die Frage der interalliierten Schulden würde Großbritannien mit dem allerbesten Willen erwägen und mit dem größten Entgegenkommen. In Hythe habe England versprochen, 5 Jahre lang seine Anteile an der deutschen Entschädigungssumme nicht zu kapitalisieren. Nur um einer etwaigen französischen Anleihe nichts in den Weg zu legen, falls Frankreich versuchen sollte, auf diesem Wege seine Forderungen gegenüber Deutschland geltend zu machen. Das sei zwar nur wenig und England würde mehr tun, aber es sei unmöglich, sich mit einem Sonderabkommen nur zweier Länder über diese Schulden zu befassen, das zu seiner Durchführung einer ganz allgemeinen Lösung bedürfe. Wir schulden an Amerika Geld, Frankreich ist unser Schuldner und andere Nationen sind Frankreich Geld schuldig. Es ist keinerlei Lösung möglich, solange Amerika sich von den Besprechungen fern hält. Da wollen wir inzwischen so tun, als ob uns keinerlei Schulden drücken. Wenn meine Gläubiger noch nicht drängen, so werde ich auch nicht meine Gläubiger drängen.

Nichtnotifizierung der Strafbestimmungen

(TU) In der nichtoffiziellen Mitteilung über den Konferenzbeschluß wird erklärt, daß aus reiner Höflichkeit gegenüber Deutschland die beschlossenen Strafbestimmungen nicht notifiziert würden. Deutschlands Vertreter würden Ende Februar nach London zur Konferenz eingeladen werden.

Zu den Beschlüssen des Pariser Konferenzausschusses schreibt das „Berl. Tgbl.": Wir können nur wiederholen, daß die sogenannte Pariser Konferenz uns nicht wie eine Versammlung vernünftiger, sachkundiger und ernsthafter Männer, sondern wie ein Tollhaus erscheint.

Warum Frankreich solche Eile hatte.

(TU) In Berliner politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß Frankreich mit der Annahme seines Erdrosselungsprogramms deswegen so große Eile hatte, weil es damit noch einen Druck auf die oberschlesische Abstimmung zugunsten Polens auszuüben meint. Daß sich Frankreich dabei einer großen Selbsttäuschung hingibt, ist in Deutschland, besonders auch in Oberschlesien, jedem klar, denn die in Paris beschlossene Summe ist etwas derartig Unsinniges, daß kein vernünftiger Mensch sie ernst nimmt. Müßte man sie ernst nehmen, so würde das den Zusammenbruch Europas bedeuten, und von allen Ländern würde dann Polen, das sich heute nur mit Mühe über Wasser hält, zuerst zusammenbrechen.

Reichstag.

(Sitzung vom 29. Januar.)

Das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues wird dem Wohnungsausschuß überwiesen. — Es folgt die zweite Lesung des Nothaushaltes. Abg. Dr. Hertz (Unabh.) fordert eine Statistik über die Zahl der Dienstautos und richtet scharfe Angriffe gegen die Landwirte, die ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkämen. — Verbunden mit der Aussprache wird der Nothaushalt für das Ernährungsministerium, über den Abg. Dr. Blunck (Dem.) berichtet. Er stellt fest, daß die Lage unserer Brotversorgung katastrophal ist. Wir müssen bis zur nächsten Ernte 197 000 Tonnen Brotgetreide aus dem Auslande einführen. Das kostet 10 Milliarden Mark mehr, als wenn wir das Getreide im Inlande erzeugen könnten. — Abg. Weilboeck (Deutschnatl.): Die Zwangswirtschaft hat den Ruin der Landwirtschaft verschuldet. Wir warnen dringend vor einer Wegnahme des Hafers ohne Austausch von Mais. Nur die Konkurrenz kann den Stickstoff verbilligen. — Abg. Dusche (D. Vp.): Herr Schmidt hat sich als Ernährungsminister gerühmt, aus politischen Gründen die Nahrungsmittelpreise künstlich niedergehalten zu haben. Das deutsche Volk ist dabei verhungert. In der Indexkommission haben auch die Verbraucher für die Pkeiserhöhung gestimmt. Leider war die Brotgetreideernte nicht besonders gut. — Abg. Kirschbaum (Dem.): Wir können uns mit dem Maisaustausch gegen Schweine nicht befreunden. Da werden viele Schweine vorzeitig verschwinden. Große Ernten können wir nur durch starke Düngung unseres ausgehungerten Bodens erzielen. — Abg. Diernreiten (Bayr. Vp.): Die Zwangswirtschaft ist völlig zusammengebrochen und steht nur noch auf dem Papier. — Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Wenn wir unter Aufhebung der Zwangswirtschaft das ausländische Brotgetreide zum wirklichen Preis verkaufen würden, dann müßte das Brot 14.50 Mark kosten. (Widerspruch rechts.) Der notwendige Getreideeinkauf im Auslande ist nur ein Beweis für die nachlässige Getreideablieferung der Landwirte. — Abg. Diez-Konstanz (Zentr.): Wir müssen uns vom Auslande unabhängig machen und nur die ausländischen Phosphate einführen.

Reichsernährungsminister Dr. Hermes erklärt, daß das Ministerium über die Mindestpreise für die nächste Ernte noch nicht beschlossen habe. Bisher ist an Getreide abgeliefert worden: Brotgetreide 780 000 Tonnen, Gerste 231 000 Tonnen. Die Gersteablieferung ist in diesem Jahre höher als im vorigen. Von einer Ablieferungsunlust kann man also nicht sprechen. Die Nachschau wird kräftig weiter durchgeführt. Die katastrophalen Verhältnisse des vorigen Jahres in der Brotversorgung wiederholen sich diesmal nicht. Wir werden vom 15. Februar ab die Brotration um 200 Gramm erhöhen und diesen Stand für das ganze Wirtschaftsjahr hindurch behalten. Bis zum 15. Januar haben wir 1,8 Millionen Brotgetreide im Auslande gekauft. Wenn unsere Reservepolitik gelingt, wird die Frühdruschprämie fortfallen. Die deutsche Wirtschaft kann man von der Weltwirtschaft nicht loslösen. Der Preisabbau erfolgt in dem Grade, in dem uns die Steigerung der inländischen Produktion gelingt. An Thomasmehl haben wir etwa das Zehnfache eingeführt, als die frühere Regierung ermöglichen konnte. Das wird für die Steigerung der Produktion besonders wertvoll sein. — Abg. Düwell (Kom.): Gegen den Ernährungsminister spricht man wie gegen ein Brett. (Unruhe.) Wir lassen uns von ihm nichts weiß machen. (Vizepräsident Dr. Bell rügt den Ausdruck. Lärm bei den Kommunisten.) — Abg. Simons-Schwaben (U.): Die Zwangsbewirtschaftung sollte erst aufgehoben werden, wenn mindestens 1½ Millionen Tonnen Getreide ausgeliefert worden sind.

Die Haushaltsforderungen werden darauf angenommen und dann der Etat des Reichswehrministeriums nochmals vorgenommen. Von der äußersten Linken werden das Bildungswesen beim Militär und die Nachrichtenstellen kritisiert. Reichswehrminister Geßler erklärt, daß letztere aufgelöst seien. Gegen die kommunistische Agitation unter den Soldaten vorzugehen, halte er für seine Pflicht. Damit schließt die Einzelberatung. Die Abstimmung über die strittigen Kapitel wird vertagt.

Nachträglich angenommen wird noch ein Antrag aller Parteien zum Notetat des Reichsernährungsministeriums, wonach für Ablieferung von einem Zentner Hafer bis zu 1½ Zentner Mais gewährt werden soll.

Montag: Dritte Lesung des Notetats, Haferinterpellation. Interpellation über Oberschlesien.

Westfalen und Rheinland.

(W) **Hamm**, 31. Jan. **(Verschiedenes.)** Der **Verband heimattreuer Oberschlesier**, Zentrale Kattowitz, bittet um weiteste Verbreitung folgender Mitteilung: Die im Reiche wohnenden und im Abstimmungsgebiet geborenen Personen müssen bei der Einreichung der Anträge Kategorie B an die paritätischen Ausschüsse der Geburtsgemeinden zur Aufnahme in die Abstimmungslisten mehrere Personen zur Identitätsfeststellung angeben. Sind Zeugen angeführt, die nicht an dem Geburtsort wohnen, so entstehen große Schwierigkeiten, da die paritätischen Ausschüsse diese Personen bezüglich der Identifizierung vernehmen lassen. Alle Antragsteller werden daher aufgefordert, den in ihrem Antrag angeführten Personen sofort selbst ihre Personalien, bei Frauen auch Mädchenname, Geburtsort, Religion, Namen und Stand der Eltern anzugeben, damit sich die Leute an ihre alten Schulfreunde und Bekannten, die die oberschlesische Heimat verlassen haben, leichter erinnern können. Auf die Geburts- und Heiratsurkunde legen die paritätischen Ausschüsse wenig Wert. Die Antragsteller können auch noch nachträglich weitere Identitätszeugen in unbeschränkter Zahl, möglichst aus dem Geburtsort, dem paritätischen Ausschuß durch die vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier durch Vermittlung der Unterkommissare mitteilen.

An die abstimmungsberechtigten Oberschlesier wendet sich nochmals die Ortsgruppe Hamm der Vereinigten Verbände heimatstreuer Oberschlesier: Wer seine Abstimmungspapiere noch nicht eingesandt hat, kann trotzdem durch Einschreibe- und Eilbrief seine Anmeldung zur Abstimmung bei dem paritätischen Gemeindeausschuß seines Geburtsortes bewerkstelligen. Die Anmeldung muß bis zum 3. Februar, abends 6 Uhr, im Besitze des genannten Ausschusses gelangt sein. Zur Vervollständigung der notwendigen Abstimmungspapiere ist die Frist auf den 9. Februar, abends 6 Uhr, verlängert worden. Dadurch ist die Möglichkeit geschaffen, die noch fehlenden Urkunden und dergleichen zu besorgen. Landsleute, nützt diese Zeit aus. Keiner darf am Wahltage fehlen.

Die Gewerbetreibenden und Angehörigen freier Berufe werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Frist zur Abgabe der Umsatzsteuererklärungen am 31. Januar abläuft. Steuerpflichtige, welche ihre Erklärungen nach diesem Zeitpunkte abgeben, haben einen Zuschlag bis zu 10 Prozent der endgültig festgesetzten Steuer zu erwarten. Es empfiehlt sich daher, die Erklärung sofort dem Umsatzsteueramt Mark 5 — Zimmer 6 — vorzulegen.

Der Bürger-Verein Hamen tagte letzte Woche bei Bergheim. Der Besuch war ein starker. Der Vorsitzende Herr Braß berichtete über die letzten Versammlungen, die in den einzelnen Stadtbezirken abgehalten wurden, und berichtete weiter über die Abnahmegebühr, welche von 20 auf 10 Mark und dann auf 2 Mark je Flamme herabgesetzt wurde. Dieser Erfolg sei allein dem Bürger-Verein zuzuschreiben. Herr Braß empfiehlt nun aber auch allen, das elektrische Licht anzulegen. Eine längere Debatte rief die Hydranten- und Wasserleitungs-Kostenfrage hervor. Die anwesenden Stadtverordneten wurden gebeten, die Aenderung des unhaltbaren Ortsstatuts anzuregen, worauf einer der anwesenden Herren erklärte, daß das Ortsstatut bereits am 7. Juli 1920 durch Stadtverordneten-Beschluß eine entsprechende Aenderung erfahren habe. Infolgedessen seien die Hausbesitzer zu Unrecht zu den Reparaturkosten herangezogen worden. Gleichzeitig wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die von den Kohlenfuhrwerken erhobenen Wegegelder größtenteils wieder an die Stadtkasse zurückfallen und daß aus diesen Mitteln die Straßenbaukosten, Reparaturen 2c. bezahlt werden sollten. Zu der Gründung des Haus- und Grundbesitzer-Vereins verhält der Verein sich neutral, da der Bürger-Verein Hausbesitzer und Mieter vereinige. Aus der Mitte heraus wurde beantragt, die Wegegelder von 1 Mark je Zentner Kohlen den Einheimischen zu erlassen. Der Vorstand wird die Angelegenheit weitergeben, desgl. einen Antrag, an der Ecke Sackgasse—Nordstraße eine Straßenlaterne anzubringen. Empfohlen wurde, der Haftpflicht-Versicherung „Germania" beizutreten. Der Vorstand wurde beauftragt, im Februar einen Westfalen-Abend zu veranstalten.

Vom Reichskommissariat wird geschrieben, daß der Reichsarbeitsminister ihn zu der Bekanntgabe ermächtigt hat, daß das **Ueberschichtenfett für die Ruhrkohlenbergleute** ab 20. Jan. 1921 zu dem billigen Preise von 7 Mk. das Pfund abgegeben werde.

*

Tumultschadenersatz und eigenes Verschulden des Geschädigten.

Das Reichsgericht hat in einer uns jetzt vorliegenden Entscheidung ausgesprochen, daß auf die Ersatzansprüche aus dem preußischen Tumultschadensgesetz der § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuchs anwendbar ist, d. h. daß bei der Frage, ob und in welchem Umfange ein bei Unruhen durch Plünderung oder dergl. Geschädigter von der Gemeinde Ersatz verlangen kann, ein etwaiges Mitverschulden des Geschädigten an der Entstehung des Schadens (Nichtausführung von zur Abwendung des Schadens geeigneten Schutzmaßnahmen) zu berücksichtigen ist. Dieser Entscheidung lag folgender Streitfall zugrunde:

Am 27. Juni 1919 fanden in Bochum Straßenunruhen statt. Es hatten sich am Nachmittag dieses Tages eine Menge Arbeiter auf dem Molkemarkt versammelt und gegen die hohen Lebensmittelpreise protestiert. Im Anschluß daran bildete sich ein Demonstrationszug, der durch die Viktoriastraße marschierte. In das dort befindliche Zigarrengeschäft des Kaufmanns S. drangen junge Burschen, die an dem Zuge teilnahmen, ein und eigneten sich Waren an. Eine größere Menschenmenge folgte nach, die Schaufensterscheibe wurde zertrümmert und der Laden vollständig ausgeräumt. Für den erlittenen Schaden von rund 7400 Mark machte S. die Stadtgemeinde Bochum gemäß dem preußischen Tumultschadensgesetz haftbar. Die Stadt wandte hiergegen u. a. ein, den Kläger treffe an dem Schaden ein eigenes Verschulden, weil er nicht rechtzeitig die Haustür abgeschlossen und die Rolläden heruntergelassen habe.

In allen Instanzen (Landgericht Bochum, Oberlandesgericht Hamm und Reichsgericht) ist dem Grunde nach die beklagte Stadtgemeinde zum Schadensersatz verurteilt worden. In den Entscheidungsgründen des Reichsgerichts wird zunächst ausgeführt, daß die Voraussetzungen der Entschädigungspflicht der Beklagten nach dem Tumultschadensgesetze von 1850 gegeben sind, da die Menschenmenge einen Zusammenlauf bildete und die Plünderung des klägerischen Ladens unter Anwendung offener Gewalt erfolgte. Ob der von der Menge ursprünglich verfolgte Zweck eines Protestes gegen hohe Preise ein erlaubter war, sei unerheblich. Sodann wird näher ausgeführt, daß die Anwendbarkeit des § 254 BGB. auf Tumultschadensansprüche keinem Bedenken unterliege, daß aber ein Mitverschulden des Klägers im Sinne dieser Gesetzesvorschrift mit Recht vom Oberlandesgericht verneint sei. Da der Kläger nicht voraussehen konnte, daß es zu Gewalttätigkeiten kommen könnte, so enthalte es auch kein Verschulden, daß er keine Sicherungsmaßregeln (durch Abschließen der Haustür und Herablassen der Rolläden) getroffen habe. (Aktenzeichen: VI. 70/20. — 17. 6. 20.)

*

Werne a. d. Lippe, 31. Jan. **(Für Oberschlesien.)** Im hiesigen Gesellenhause fanden sich verschiedene Herren abends 6 Uhr zwecks Gründung einer Arbeitsgemeinschaft ein, denen Herr Seminarlehrer Häckel-Hamm den Arbeitsplan, die Aufgaben, Ziele und Zwecke der Arbeitsgemeinschaft für die Abstimmung in Oberschlesien auseinanderlegte. Einstimmig wurde beschlossen, am hiesigen Orte eine solche Gemeinschaft zu gründen, welche sich auf breitester Grundlage aufbauen soll. Zum Vorsitzenden wurde der Ortsleiter der Vereinigten Verbände, Herr Lehrer-Stiller-Werne gewählt, während die Wahl zu Kassierern auf den Herrn Amtmann und den Herrn Bürgermeister von Werne fielen. Die Erweiterung des Vorstandes soll in nächster Zeit vorgenommen werden. Stadt und Land erklärten sich sofort dazu bereit, die unterzubringenden Kinder der Abstimmungsberechtigten in Familien und Wohlfahrtsanstalten versorgen zu lassen. Bemerkenswert und nachahmungswürdig erscheint uns die Bereitwilligkeit der Belegschaft des Schachtes I und II, eine Ueberarbeit von einer Stunde an einem Tage zu machen und den Erlös für diese Arbeit den Vereinigten Verbänden zu zuführen. Wir rufen den wackren Knappen ein herzlich „Glückauf" zu, und sagen schon heute allen jenen, welche sich in den Dienst der guten Sache gestellt haben, oder noch stellen werden, den herzlichsten Dank. Möge die Arbeitsgemeinschaft Werne a. d. Lippe wachsen, blühen und gedeihen und reiche Früchte bringen.

? **Hamm**, 28. Jan. **(Ein Hochstapler.)** Kurz vor Weihnachten mietete sich ein Unbekannter in der Hobreckerstraße unter dem Namen Langenfeld aus Trier ein Zimmer und gab sich als Techniker und Bauunternehmer aus. Er wußte das Vertrauen seiner Wirtsleute für sich zu gewinnen und erschwindelte von diesen nach und nach Geldbeträge bis zu einer Höhe von 3500 Mark. Ebenso wurde eine Witwe, der er die Ehe versprach, ein Opfer des Schwindlers und von ihm gleichfalls um einen Betrag von 3500 Mark geprellt. Der Schwindler verführte seine Opfer dadurch, daß er erzählte, er wäre ein sehr vermögender Mann und hätte demnächst von seiner reichen Mutter Geld zu erwarten. Als Pfand gab er seinen Wirtsleuten sogar ein versiegeltes Sparkassenbuch über zirka 9900 Mark. Nunmehr ist der Mann plötzlich verschwunden und das Sparkassenbuch erwies sich als gefälscht. L. hatte selbst zahlreiche Eintragungen gemacht über bedeutende Summen und dabei die Namensunterschriften von Sparkassenbeamten gefälscht. Der Schwindler wird, nach dem „Westf. Anz.", wie folgt beschrieben: Alter 35 Jahre, Größe 1,60 bis 1,65 Meter, schlanke Figur, kleiner Schnurrbart, frische Hautfarbe und schwarzes Haar. Er spricht mit einem rheinischen Dialekt. Bekleidet war er mit einem dunkelblauen Joppenanzug, einem gleichfarbigen Ueberzieher und Filzhut.

(s) **Ergste**, 29. Jan. **Spitzbuben** haben in der Nacht einem Kaufmann einen Besuch abgestattet. Die unwillkommenen Gäste sind in den Laden eingedrungen und haben größere Mengen Margarine, Zuckersachen, Seife, Tabak und andere Waren gestohlen. Lange sollte die Freude der Spitzbuben an dem unrechtmäßig erworbenen Gute jedoch nicht dauern, den Bemühungen der Polizei gelang es, sie schon wenige Stunden nach der Tat auf dem Bahnhof in Kabel zu fassen und ihnen das Diebesgut wieder abzunehmen. Es handelt sich um zwei Personen, die früher bei einem hiesigen Landwirt in Stellung waren.

! **Hagen**, 29. Jan. **(Für 250 000 Mark Goldwaren gestohlen.)** Donnerstag mittag in der Zeit von 12—2 Uhr wurde in einem Goldwarengeschäft in der Elberfelderstraße eingebrochen und für etwa 250 000 Mark Goldwaren gestohlen, darunter 2 goldene Herrenuhren Fabr. Deutsche Präzisions-Uhrenfabrik Glashütte Nr. 205 531 und 205 492, 1 silb. Herrenuhr A. Lange u. Söhne, Glashütte Nr. 78 063, 1 gold. Herrenuhr, Aßmann, Glashütte Nr. 23 322/182, 16 gold. Herrenuhren (sämtlich goldene Uhren mit Doppeldeckel), 8 goldene Damenuhren, davon 2 Stück mit Sprungdeckel und Brillanten, 4 goldene Armbanduhren, 12 Brillantdamenringe, 4 Brillantdamenringe mit 1 Stein, 25 Double-Trauringe. Der Bestohlene hat für die Wiederherbeischaffung der gestohlenen Sachen eine angemessene Belohnung ausgesetzt.

** **Herne**, 29. Jan. **Auf der Zeche Mont Cenis** in Herne sind infolge einer Explosion mehrere Bergleute verunglückt. Wie verlautet, wurde in dem östlichen Abschnitte auf der 4. Sohle des Schachtes ein Schuß abgegeben. Hierdurch entstand eine heftige Explosion. Vier Bergleute wurden verletzt, darunter zwei schwer. Die Verunglückten wurden in das Knappschaftskrankenhaus eingeliefert.

(bu) **Westerholt**, 29. Jan. **(Raubüberfall.)** Am Mittwoch abend gegen 6.30 Uhr wurde der Bergmann Weimann von der Storksmährstraße auf dem Wege nach Langenbochum, in der Nähe der Brennerei Hackert, von zwei Burschen überfallen. Die Betreffenden näherten sich dem W., um sich nach der Zeit zu erkundigen. Plötzlich überfielen sie den W. und raubten ihm seine Barschaft von 734 Mark. Die Räuber entflohen über die Felder in Richtung Langenbochum und konnten, obschon die Verfolgung sofort aufgenommen wurde, im Schutze der Dunkelheit entkommen.

(bu) **Osterfeld**, 29. Jan. **Vom Automobil überfahren und getötet** wurde auf dem Tackenberg das 5jährige Söhnchen der Eheleute Gerhard Welbers. Der Knabe wollte dem Auto ausweichen, tat das aber in so unglücklicher Weise, daß er vom Wagen erfaßt und getötet wurde.

** **Barmen**, 29. Jan. **Wegen Veruntreuung von städtischen Geldern** in Höhe von 574 000 Mark verurteilte die hiesige Strafkammer den städtischen Sparkassenkassierer Jauffenbach zu 3 Jahren Gefängnis. Der wegen Begünstigung mitangeklagte Oberstadtsekretär Spitz wurde freigesprochen.

** **Mülheim** (Ruhr), 29. Jan. **Hier ist man einem Diebstahl und großen Unregelmäßigkeiten mit Lebensmitteln** auf die Spur gekommen. Der Rathausmeister Drollshagen entwendete Lebensmittelkarten und veräußerte dieselben an etwa 50 Bäcker und Kolonialwarenhändler. Auf diese Weise sind in der letzten Zeit für etwa 6000 tatsächlich nicht anwesende Personen Lebensmittel ausgegeben worden. Die Allgemeinheit wurde insgesamt um 90 Doppelzentner Mehl geschädigt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

** **Duisburg**, 29. Jan. **(Die verschütteten Bergleute.)** Mit vier von den durch Streckenbruch auf Zeche Westend vom Tage abgeschnittenen elf Bergleuten steht man mit Hilfe eines Druckluftrohres in Verbindung. Man hat ihre Namen feststellen können. Zwei von ihnen sind unverletzt, zwei leicht verletzt. Ein fünfter Bergknappe macht sich durch Klopfzeichen bemerkbar. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt.

** **Köln**, 25. Jan. **Zwei Kölner Architekten** beabsichtigen den Bau eines großen Bürohauses (Wolkenkratzer), das den Namen Europahaus erhalten soll. Das Gebäude soll am Neumarkt, Ecke Zeppelinstraße, errichtet werden, und zwar in einer Höhe von zunächst vier Stockwerken. Von hier aus soll sich das Gebäude auf zehn Stockwerke erhöhen, um sich dann turmartig zu einer Höhe von zwanzig Stockwerken zu erheben (68 Meter). Die Gesamtfläche des Gebäudes beträgt 15 000 qm. Das Erdgeschoß soll für Ladengeschäfte und ein Restaurant Verwendung finden und außerdem ein Postamt aufnehmen. Die anderen Räume sollen Bürozwecken dienen. Wie wir hören, ist die Finanzierung des Unternehmens sichergestellt.

** **Köln**, 26. Jan. **Eine ernste Warnung an Wirte** bringt die „Cologne Post" an auffallender Stelle ihrer Sonntagsnummer. Es heißt da: „Es gibt nur eine Strafe für Leute, die von diesem (englischen) Gericht wegen Verkaufs von Spirituosen an britische

---

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

38. Fortsetzung.

Ralf hatte heute sein Auto benutzt und fuhr nun sogleich wieder nach Hause. Dort nahm er sich nur Zeit, einige Worte mit seiner Mutter zu wechseln.

„Ich muß gleich wieder fort, nach Schönau hinüber, Mutter", sagte er erregt.

Sie sah ihn forschend an.

„Schon wieder nach Schönau, Ralf? Du warst doch erst heute vormittag drüben."

„Ja, Mutter — ich hatte auch nicht die Absicht, nochmals hinüberzugehen. Aber ich muß es tun."

„Du gefällst mir nicht, mein Sohn. Ist etwas geschehen? Du bist so unruhig?"

Er sah düster vor sich hin.

„Um mich sorge dich nicht — mir ist nichts geschehen. Aber ihr, Mutterle — ihr droht ein großes Leid. Der Mann, den die Komtesse liebt, der hat sich heute mit einer anderen verlobt. Kaum vierzehn Tage ist es her, da hat er ihr von Liebe gesprochen und ihr gesagt, daß er am nächsten Tag um ihre Hand anhalten will. Damals glaubte er, sie sei eine reiche Erbin. Und heute gibt er sein Wort einer anderen, weil er unzwischen erfahren hat, daß die Komtesse arm ist. Was denkst du von so einem Mann, Mutter? Er ist, nebenbei gesagt, ein Baron."

Die Mutter legte ihm die Hand auf die Schulter.

„Ich denke, daß so ein Mann die ehrliche Liebe einer Frau nicht verdient, und ich hoffe, daß die Komtesse, wenn sie auch leiden muß, ihr Herz schnell von ihm abwenden wird."

Er seufzte.

„So sicher ist das nicht, Mutter. Die Liebe ist ein eigenwilliges Ding. Sie wird tausend Entschuldigungsgründe für ihn finden. Die Komtesse wird bitter leiden, wird schwere Stunden durchkämpfen müssen. Niederschlagen möchte ich den Lumpen, der ihr soviel Herzeleid verursacht."

Sie streichelte seine Hand.

„Ein Glück, daß mein Sohn sich beherrschen kann, sonst müßte ich in Sorge sein, daß er im Zorn sich selbst ins Unglück bringt."

Er legte seine Wange auf ihre Hand. „Habe keine Angst, Mutter. Für mich stehe ich ein. Aber — wird sie sich fassen können, wenn sie diese Botschaft erhält?"

„Das ist ganz mein Ralf — an sich denkt er zuletzt."

„Ach, Mutterle, was liegt jetzt an mir. Daß sie leiden muß, ist mein größter Schmerz."

„Und was willst du nun in Schönau?"

Er strich sich über die Stirn.

„Ihr helfen, so viel ich kann. Ich habe immerfort daran denken müssen, wie sie die Nachricht aufnehmen wird. Sicher kommt nach Schönau eine Verlobungsanzeige des Barons. Und vielleicht erhält sie dieselbe in Gegenwart anderer Menschen, vielleicht bringt auch ein Bekannter die Nachricht nach Schönau. Und wenn sie dann im ersten Schrecken die Selbstbeherrschung verliert und sich verrät — nein, Mutter, das darf nicht sein. Darüber käme ihr Stolz nicht hinweg. Und deshalb muß ich hinüber. Kein fremdes Auge darf ihren Schmerz sehen. Ich werde sie allein sprechen, ein Vorwand findet sich. Und dann will ich ihr so schonungsvoll als möglich die Kunde bringen. Wenn sie eine Stütze braucht, will ich es sein. Verstehst du mich, Mutterle?"

Sie küßte ihn auf die Stirn.

„Es wäre das erste Mal, wenn ich dich nicht verstehen würde. Bedaure die Komtesse nicht, mein Sohn. So, wie sie von dir geliebt wird, ist selten eine Frau geliebt worden. Sie muß es wohl wert sein. Also geh' in Gottes Namen. Und nimm es nicht schwerer, als es nötig ist. Wenn das Komteßchen diesen Schlag verwunden hat, dann wird ihr Stolz ihr helfen, den Mann zu vergessen, der ihr das angetan hat."

Ralf küßte seine Mutter und richtete sich mit einem tiefen Atemzug auf. Dann eilte er davon.

Inzwischen war sein Pferd vorgeführt worden. Im schnellsten Tempo ritt er durch den Wald. Er wählte nicht den offiziellen Weg durch das Parktor, sondern ritt über den niedrigen Heckenzaun, der den Schönauer Park vom Walde trennte. Er wollte vom Park aus über die Terrasse spähen, um eine Gelegenheit zu einem Alleinsein mit Dagmar ausfindig zu machen.

Aber dessen bedurfte es gar nicht. Der Zufall war ihm günstig.

Als Ralf Jansen langsam durch den Park ritt, sah er Dagmar auf einer Bank sitzen. Sie hielt ein Buch in der Hand, aber ihre Augen waren geschlossen, und ihr Kopf war zurückgelehnt. Ergriffen sah er in das blasse, süße Gesicht mit dem herben Schwerzenszug um den feinen Mund. Sie erschrak erst empor, als Ralfs Pferd schnaubend den Kopf zurückwarf. Erstaunt sah sie zu ihm auf.

„Sie hier, Herr Jansen?"

„Ja, Komtesse, ich ritt zufällig vorüber und habe bei der Gelegenheit den Parkzaun besichtigt. Es sind einige schadhafte Stellen auszubessern. Ich hatte nicht die Absicht, Sie schon wieder zu stören."

Freundlich und lieb sah sie ihn an.

„Sie müssen doch wissen, daß wir uns immer freuen, wenn wir Sie sehen."

Er sprang vom Pferde und schlug die Zügel lose um einen Baumstamm.

„Ist das nicht nur eine freundliche Redensart, Komtesse?"

Sie schüttelte ernst den Kopf.

„Ganz gewiß nicht. Wollen Sie ein wenig Platz nehmen, ehe Sie weiter reiten?"

„Wenn Sie gestatten, gern."

Sie rückte zur Seite, und er ließ sich neben ihr auf die Bank nieder. Und dabei dachte er: Wie bringe ich es ihr am schonendsten bei?

„Sie reiten ein prachtvolles Vollblut, Herr Jansen."

Fragend blickte er sie an.

„Sie sind schon lange nicht ausgeritten, Komtesse. Früher habe ich Sie oft zu Pferde gesehen. Jetzt schon lange nicht mehr."

Es zuckte leise um ihren Mund.

„Seit ich weiß, daß Schönau nicht mehr uns gehört, habe ich kein Pferd mehr besteigen mögen. Mein Reitpferd gehörte ja auch zum lebenden Inventar."

„Aber bis gestern war Schönau doch noch nicht endgültig verkauft. Außerdem, muß ich erklären, daß Ihnen alles, wie sonst, zur Verfügung steht?"

Sie richtete sich empor und schüttelte den Kopf.

„Diese vornehmen Gewohnheiten muß ich mir abgewöhnen. Es ist besser, ich fange gar nicht erst wieder an. Bald gehen wir fort von Schönau. Ich habe heute eine Anzeige in eine vielgelesene Zeitung rücken lassen. Es wird Zeit, daß ich mich nach einer Stellung umsehe."

„Eilt das so sehr?" fragte er. „Sie sind doch in Schönau gut aufgehoben."

„Ja. Aber wir dürfen Ihre Güte nicht mißbrauchen und nicht länger bleiben, als unbedingt notwendig ist."

Mit einem tiefen Atemzug richtete er sich auf.

„Wenn ich Sie bitten würde, nach wie vor in Schönau wohnen zu bleiben mit Ihrer Frau Mutter und Ihrer Fräulein Schwester? Was würden Sie dazu sagen?"

Sie schrak empor und sah ihn erblassend an.

„Herr Jansen!"

Unsicher blickte er in ihre Augen.

„Es verstößt wohl gegen den guten Ton, daß ich Ihnen diese Frage vorlege?"

Eine Hilflosigkeit, die sie rührte, lag in seinen Worten.

„Sie guter, edler Mensch! Nein, es verstößt nicht gegen den guten Ton, daß Sie mir dies Anerbieten machen. Aber es würde dagegen verstoßen, wenn wir es annehmen würden. Sie meinen es gut, das weiß ich. Aber es würde uns demütigen, und — Sie wollen uns doch nicht demütigen?"

Er schüttelte den Kopf.

„Nein, gewiß nicht. Aber ich bin sehr betrübt, daß ich Ihnen nicht auf diese Weise helfen kann. Sagen Sie doch selbst, ist es nicht gleichgültig, ob das Schönauer Wohnhaus leer steht, oder ob Sie darinnen wohnen? Nein — gleichgültig ist es nicht! Ich würde es viel hübscher finden, wenn Sie darinnen wohnten, als daß ich den Besitz öde und leer wüßte. Sie brauchen ein Heim und könnten es hier haben, ohne mich im geringsten zu benachteiligen. Im Gegenteil, Sie könnten mir noch die Mühe abnehmen, das Haus instand halten zu lassen, was mir nur zum Nutzen gereichen würde. So würden wir beiderseits gut fahren. Aber Ihr Stolz verbietet Ihnen, dies Anerbieten anzunehmen. Ist das nicht widersinnig?"

Sie lächelte, aber ihre Augen waren feucht.

„Ja, so wie Sie es hinstellen, ist es widersinnig. Aber andere Menschen würden eine andere Lesart dafür finden. Weder Sie, noch wir können diesen Widersinn aus der Welt schaffen. Ich habe aber eben wieder von neuem erkannt, was für ein seltener Mensch Sie sind. Lassen Sie sich herzlich und innig danken — aber es geht wirklich nicht."

Er seufzte.

„Ja, ja, ich sehe es ein. Vielleicht würde es Sie nicht so demütigen, wenn ich ein hochgeborener Aristokrat wäre, ein Mensch Ihresgleichen."

Sie faßte impulsiv seine Hand.

„Nein, so müssen Sie das nicht auffassen. Was ich von irgend einem hochgeborenen Aristokraten annehmen könnte, würde ich ganz gewiß von Ihnen noch lieber annehmen, das glauben Sie mir."

Er sah sie mit seinen guten Augen unruhig an.

„Ich möchte Ihnen doch so gern helfen soviel ich kann, Komteß. Sie und Ihre Angehörigen sind mir so liebenswürdig entgegengekommen, daß es mir wohlgetan hat. Kann ich denn gar nichts für Sie tun?"

Mit ernsten, großen Augen sah sie ihn an.

„Das fragen Sie? Haben Sie nicht schon unendlich viel für uns getan? Wir haben von Ihnen schon sehr viel mehr angenommen, als wir hätten tun dürfen."

„Es war wenig genug."

„Darüber werden wir uns nie einigen, so gut wir uns auch sonst verstehen."

Glückstrahlend sah er sie an. Er vergaß einen Augenblick ganz, was ihn hierher geführt hatte.

„Was Sie da eben gesagt haben, das hat mir viel Freude gemacht."

„Daß wir uns gut verstehen?"

„Ja. Das betrachte ich wie eine Auszeichnung."

Sie sah ihn tief bewegt an.

„Was sind Sie nur für ein Mensch. Ich bin noch nie einem gleichen begegnet. Ihre Frau Mutter muß sehr stolz und glücklich sein, daß sie einen solchen Sohn hat."

„Alles, was gut an mir ist, habe ich ja erst von meiner Mutter", sagte er schlicht.

(Fortsetzung folgt.)

Soldaten verurteilt werden, und das ist die Gefängnisstrafe. Auf Grund dieser Anweisung sind in den letzten Tagen schon zwei Verurteilungen erfolgt. Ein 85jähriger Mann erhielt wegen Ausschankes von Kognak an Soldaten 14 Tage Gefängnis. Der Sohn wollte für den betagten Vater die Strafe übernehmen, wurde aber zurückgewiesen, da das nicht gehe. Dem Verurteilten wurde Berufung an die Behörde anheimgestellt. In einem anderen Falle, wo es sich um Ausschank von Rum an einen Soldaten handelte, erhielt der Angeklagte sechs Wochen Gefängnis."

Tagung des Verbandes rheinisch-westfälischer Mietervereine.

Der Verband hielt Sonntag in achtstündiger Beratung in Mülheim seine Delegiertenversammlung ab. Vertreten waren 120 Delegierte aus allen Teilen des besetzten und unbesetzten Rheinlandes und der Provinz Westfalen. Nach dem Jahresbericht sind dem Verbande 103 Vereine mit nahezu 100 000 Mitgliedern angeschlossen. Zum hauptamtlichen Geschäftsführer ist Syndikus Stander vom Essener Mieterschutzverein gewählt worden. Der Vorsitzende erörterte eingehend die geleistete Arbeit und erklärte, so viel könne er aber schon sagen, daß das Reichsmieten-Gesetz in seiner neuen Fassung völlig unannehmbar, ja gar nicht diskutabel sei, weil in ihm die von den Mietern zum alten Gesetzentwurf gemachten Vorschläge zur Herbeiführung des sozialen Ausgleichs fehlten und er nur den Geist der Hausbesitzer atme. Zum neuen Mietssteuergesetz habe bereits der Bund Stellung genommen und sich für die Ausgabe zinsloser Darlehnskassenscheine entschieden. Dagegen seien aber die einzelnen Landesregierungen wegen der technischen Schwierigkeiten und der Geldinflation. Für den Redner gibt es auch keinen lindlicheren Gedanken als den des Mieterstreiks, weil dazu die nötigen Vorbedingungen noch nicht geschaffen seien. Sollten Regierung und politische Parteien den Mieterforderungen nicht nachkommen, dann müsse zu dem Mittel des Volksentscheides gegriffen werden. In der Aussprache wurde die Frage, wie sich die Mieterorganisationen zu den Angriffen der Hausbesitzer in öffentlichen Versammlungen verhalten sollten, vom Vorstand dahin beantwortet, daß die Bevölkerung Deutschlands zu 90 Prozent aus Mietern bestehe. Dem Vorstande wurde Entlastung erteilt und der Jahresbeitrag pro Mitglied auf eine Mark festgesetzt. Ein Antrag Groß-Bochum schnitt die heute im Vordergrunde des Interesses stehende Frage der Sozialisierung des Grund und Bodens an, die er unverzüglich durch ein Reichsgesetz herbeigeführt wissen will. Der Antrag wurde schließlich dem Vorstande als Material überwiesen. Folgendem Antrage Bochums wurde grundsätzlich zugestimmt: Jede Belastung der Grundstücke mit Steuern — ob sie Grundsteuer, Mietssteuer oder dergl. heißen — durch Reich, Staat oder Kommunen sind grundsätzlich abzulehnen. Eine geplante Mietssteuer sei für die Mieter unannehmbar, weil sie die unsozialste Steuer ist, die nur den kleinen Mann belasten würde. Gelsenkirchen und Mülheim-Ruhr hatten Erfolg mit ihren Anträgen, die bezweckten, dahin zu wirken, daß zur Festsetzung der Miete nicht das Gutachten von Architekten anerkannt wird, sondern die Gutachter sollen von den Beisitzern des Mieteinigungsamtes ernannt werden und aus je einem Vertreter der Hausbesitzer und Mieter bestehen. Da Wohnungsamt und Mieteinigungsamt als gleichgestellte Dienststellen arbeiten, aber auch in vielen Fällen nebeneinander bezw. gegeneinander arbeiten, beantragte Mülheim-Ruhr, der Vorstand möge Sorge tragen, daß die Wohnungsämter den Mieteinigungsämtern unterstellt werden. Da auch in vielen anderen Orten dieselbe Erfahrung gemacht worden ist, wurde der Antrag einstimmig angenommen. Zum Schluß wurde eingehend die Entscheidung des Landgerichts Hannover, das die Höchstmietenverordnung für ungültig erklärte, besprochen. Der nächste Delegiertentag findet in Buer statt.

Zur Rede Lloyd Georges.

In seiner gestrigen Rede auf der Pariser Konferenz erklärte Lloyd George noch u. a.:

England bekomme 22% der von Deutschland zu zahlenden Summe. Man sage nichts dagegen, daß Frankreich für seine Verluste an Menschenleben und für den Materialschaden entschädigt werden soll, aber auf der anderen Seite habe Großbritannien die größten Geldopfer für seine Armeen gebracht, nämlich 10 Milliarden Pfund. Deutschland könne nicht seine Wälder und seine Eisenbahnen oder was es sonst noch als Einnahmequelle besitze, über die Grenze schleppen und es den Alliierten aushändigen. Deutschland könne nur durch Werte und durch Ausfuhr bezahlen. Aber einige der wichtigsten Märkte, z. B. Rußland und Mitteleuropa, seien Deutschland verschlossen, und wenn es zuviel nach den alliierten Ländern ausführen würde, dann bedrohe es dort die Industrie und mache die Arbeiter brotlos. Die Sachverständigen hätten diese Frage seit langem untersucht, in Boulogne, in Spaa und in Brüssel. Endlich seien sie sich einig geworden über das Zahlungsvermögen Deutschlands und über die Art, wie es zahlen solle, und zwar zum Vorteil und nicht zum Nachteil der Alliierten. Er sei bereit, eventl. Kritik an diesen Vorschlägen anzuhören und eventuell neue Vorschläge zu untersuchen. Aber er sei entschieden gegen weiteres Verschleppen, und zwar weil die Alliierten ebenso wie die ganze Welt eine schnelle Erledigung dieser Frage nötig hätten. Er hoffe, daß die französische Regierung die in Boulogne gefaßten Beschlüsse als Grundlage der weiteren Beratungen annehmen werde. Der Plan Doumers sei moralisch berechtigt, aber unausführbar. Kein Sachverständiger glaube, daß er ausgeführt werden könne.

Die englische Presse sagt zu der Rede Lloyd Georges, daß er die Dinge ansehe, wie sie sind und nicht, wie man möchte, daß sie seien.

Ein englisches Luftschiff nach dem Meere abgetrieben.

(TU) Das große englische Luftschiff „R 35", das im vorigen Jahre den Atlantischen Ozean überflogen hat, ist gestern bei einer Landung schwer beschädigt und vom Winde nach dem Meere abgetrieben worden. An Bord des Luftschiffes befinden sich vierzig Personen. Zwei Torpedojäger sind dem Luftschiff nachgefahren, um ihm Hilfe zu bringen. Näheres über das Schicksal des Luftschiffes ist noch nicht bekannt.

Das Rätsel der Marneschlacht.

In dem französischen Institut in London hielt der Militärattachee bei der französischen Botschaft in London, Oberst Fagalde, der während des Krieges zum Generalstab kommandiert war, einen Vortrag, in welchem er erzählte, daß in der Nacht vom 1. zum 2. September 1914, nachdem das französische Hauptquartier vor den vorrückenden deutschen Truppen von Craonne nach Joncherp zurückverlegt worden war, die Tasche eines deutschen Stabsoffiziers der 5. Kavalleriedivision eingebracht wurde, welcher von einer französischen Patrouille in seinem Auto erschossen worden war. In dieser Tasche fand man versteckt den vollständigen Plan für den Vormarsch der Armee von Kluck. Die Stellung jeder einzelnen Kolonne war genau angegeben mit den Spitzen, den Nachhuten, den Abmarschzeiten, der Stunde der Ankunft am Bestimmungsort usw. Am wichtigsten aber war die Kunde, daß von Kluck nicht plante, in das Oisetal, sondern direkt auf Paris zu marschieren. Der Vortragende erklärte, dieser Entdeckung sei es zweifellos zuzuschreiben, daß General Gallieni unerwartet die Flanke des deutschen Heeres angriff mit dem Resultat, daß die Deutschen sich von der Marne nach der Aisne zurückziehen mußten.

Die ersten Veröffentlichungen aus dem Reichsarchiv.

Das neugeschaffene Reichsarchiv übergibt soeben eine Schriftfolge der Oeffentlichkeit, die unter dem Sammeltitel „Schlachten des Weltkrieges, Einzeldarstellungen des Krieges 1914—18, nach den amtlichen Quellen bearbeitet und herausgegeben unter Mitwirkung des Reichsarchivs" in dem Verlage von Gerhard Stalling, Oldenburg i. O. erscheint. Es liegen bereits zwei Hefte vor: Heft 1: Antwerpen 1914 von Oberst v. Tschischwitz, seinerzeit Generalstabsoffizier der Angriffsarmee. Mit einem Vorwort des Generalobersten v. Beseler. Mit 7 Kartenbeilagen, 3 Anlagen und 16 Tiefdruckbildern. 124 Seiten. Preis 14,50 Mark. Heft 2: Baranowitschi 1916 von Major Vogel, seinerzeit beim Stabe Oberbefehlshaber Ost. Mit einem Vorwort des kürzlich verstorbenen Feldmarschalls v. Woyrsch. Mit 6 Kartenbeilagen, 2 Anlagen und 12 Tiefdruckbildern. 83 Seiten. Preis 13 Mark. (Dazu die Buchhändler-Besorgungsgebühren von 10%.)

Die Schriftfolge wendet sich, wie es in dem Vorwort des Reichsarchivs heißt, an das ganze deutsche Volk als den Träger des Krieges, vor allem an die Mitkämpfer selber. Sie will in historisch-getreuer Wiedergabe den inneren Zusammenhang der Geschehnisse vorführen, die Einzeltaten deutscher Männer vor Vergessenheit bewahren helfen und den gefallenen Helden des Krieges das Denkmal setzen, das sie verdienen. Die vorliegenden Hefte, kleine Meisterwerke fesselnder, geschichtlich-getreuer Darstellung mit hochinteressanten Bildern, vorzüglichem, reichlichen Kartenmaterial und Kriegsgliederungstabellen, werden diesen Anforderungen zweifellos gerecht. Es ist ein glücklicher Gedanke, das amtliche Material Mitkämpfern zur Verfügung zu stellen und so gleichzeitig das persönliche Empfinden des inmitten der Handlung stehenden und kämpfenden Mannes zum Ausdruck zu bringen. Die volle ungeschminkte Wahrheit wollen die Hefte bieten. So ist denn auch der für uns damals so betrübliche Abzug der belgischen Armee aus Antwerpen mit voller Offenherzigkeit in seinen Ursachen und Wirkungen behandelt worden. Der Eindruck der sich überstürzenden Ereignisse vor Antwerpen auf England und Frankreich, die dort entstehenden Gegenmaßnahmen werden ebenso geschildert, wie die Absichten der russischen Führung bei Baranowitschi und die am Kampfe beteiligten russischen Truppen. Die Darstellung der Kämpfe deutscher Regimenter entrollt ein Bild höchsten Erlebens unseres Volkes. Der große Roman Deutschlands ist es, der hier vor uns aufersteht, in welchem der Mitkämpfer mitten aus dem Erleben heraus fesselnd und volkstümlich zur Allgemeinheit spricht.

Wie man auch zu dem hinter uns liegenden Weltkriege stehen mag: Die Kämpfe waren zu gewaltig und folgenschwer, als daß man jetzt mit einem resignierten Achselzucken einfach daran vorübergehen kann. Im Gegenteil, man muß dem Reichsarchiv zustimmen, daß aus der Schilderung deutscher Großleistungen neuer Glaube an die eigene Leistungsfähigkeit und neue Kraft zur Mitarbeit an dem Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Vaterlandes fließen kann. Wir werden an anderer Stelle noch vom Verlage zur Verfügung gestellte Auszüge aus den beiden ersten Heften veröffentlichen können, die Gelegenheit bieten, sich mit dem Charakter der Schriftfolge vertraut zu machen.

Weitere Nachrichten.

— **(Eine Enttäuschung des Reichsnotopfers.)** Die „Dresdner Neuesten Nachrichten" melden: Wie in der Konferenz der deutschen Finanzminister in Berlin mitgeteilt wurde, haben die Veranlagungen zum Reichsnotopfer entgegen der Erzbergerschen Voraussetzung ein zwischen 30 bis 40 Prozent hinter den Erwartungen zurückbleibendes Ergebnis gehabt.

— **Der einstige deutsche Thronerbe als praktischer Landwirt.** "Der frühere deutsche Kronprinz hat in Holland einem Zeitungsmann mitgeteilt, sein ältester Sohn Prinz Wilhelm wolle Landwirt werden, und er habe nichts dagegen. Sein jüngerer Sohn Prinz Louis Ferdinand wolle Kaufmann werden, was übrigens seit der Revolution schon verschiedene Fürstensöhne geworden sind, und auch dagegen hat sein Vater nichts einzuwenden. Die Klatschereien über angeblich sehr getrübte Beziehungen zwischen der früheren deutschen Kronprinzessin und ihrem Mann, tut der letztere sehr kurz und glaubhaft ab. Der Kronprinz will vorläufig in Holland bleiben, damit nicht bei seiner Rückkehr nach Deutschland mit seinem Namen politischer Mißbrauch getrieben würde. Die Kronprinzessin bleibt in Potsdam, weil sie die Erziehung ihrer Kinder dort beaufsichtigen muß. Selbst ankaufen will sich der Kronprinz in Holland nicht, weil er kein Geld dazu hat. Es war schon früher mitgeteilt worden, daß die Kronprinzessin einen großen Teil ihres aus Rußland stammenden Vermögens, ihre Mutter war eine geborene russische Großfürstin, in den Wirren des moskowitischen Reiches verloren hat.

— **(Bestrafte Vaterlandsverräter.)** Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte gestern wegen versuchter Ausspähung militärischer Geheimnisse den Kaufmann Fritz Schwartz aus Köln und den Kaufmann August Vitt aus Remscheid zu 4 bezw. 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Polizeiaufsicht wurde als zulässig erkannt. Die Angeklagten, die im Dienste der englischen Spionage standen und für das in Köln bestehende Büro arbeiteten, haben sich im Frühjahr des Jahres 1920 mit dem damaligen Reichswehrwachtmeister W. in Essen in Verbindung gesetzt, um von ihm Mitteilungen über die Stärke und die Verteilung der deutschen Truppen im Ruhrrevier zu erlangen. W. ging zum Schein auf dieses Ansinnen ein, um sie zu überführen und veranlaßte schließlich im Einverständnis mit seinem Vorgesetzten deren Verhaftung. Die Angeklagten hatten die Nachrichten, die sie von W. erhielten oder die sie sich von anderer Seite beschafften, für solche gehalten, die im Interesse des Vaterlandes geheim zu halten waren. Bei der Ausmessung der Strafe hat das Reichsgericht berücksichtigt, daß die Angeklagten gegen ihr Vaterland gehandelt haben, als dieses in schwerer Bedrängnis war.

— **(Die 3. Internationale.)** Aus Moskau wird gemeldet: Die Zahl der eingeschriebenen Anhänger der dritten Internationale beträgt in Deutschland 300 000 bis 350 0000, wobei die Ausgaben für die kommunistische Propaganda in Deutschland auf monatlich zwei Millionen geschätzt werden. In England betragen die Ausgaben für die Propaganda monatlich 24 000 Pfund Sterling. Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder beläuft sich auf 25 000. Moskau hat in der letzten Zeit 500 Agitatoren nach Großbritannien geschickt, um seine Ideen weiter auszubreiten. In Frankreich werden monatlich 100 000 Franks für die kommunistische Werbearbeit ausgegeben. Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder beträgt 150 000, die vor allem in Paris, Lyon und Marsaille ihren Sitz haben.

— **Was ist das neu erfundene gepanzerte U-Kampfschiff wert?** Der Geheimrat Professor Flamm von der Technischen Hochschule in Charlottenburg hat die Konstruktion eines gepanzerten Tauchbobts in der Größe von etwa 1450 Tonnen wissenschaftlich an einem Modell festgestellt und seine Erfindung im Auslande zum Patent angemeldet, damit dort Versuche mit einem vollständigen Boot vorgenommen werden können. Uns ist das Bauen von Unterseebooten bekanntlich durch den Friedensvertrag verboten. Die große prinzipielle Bedeutung dieser Erfindung, die das U-Boot zum Kampfschiff macht, liegt auf der Hand. Wäre sie fünf Jahre früher erfolgt, so hätte sie den Weltkrieg wohl zu unseren Gunsten entschieden. Heute besitzt die Erfindung die größte Bedeutung für England u. für Amerika, die beiden ersten Seemächte der Welt. England sieht seine maritime Stellung sowieso durch die Tauchboote bedroht, um wieviel mehr wird ihm nicht durch das neue Kampfmittel Gefahr erwachsen. Und die Amerikaner haben einen sehr scharfen Blick für alles Praktische. Auf wieviele Millionen mag sich der Wert der neuen Erfindung wohl belaufen, wenn es Briten und Amerikanern nicht gelingt, aus eigener Kraft zum gleichen Ziele zu gelangen? England knausert nicht, wenn es seinen Lebensinteressen gilt. Es hat s. Zt. das Modell des ersten Dampfschiffes erworben, das Napoleon vergeblich angeboten worden war. Solche Erfindungen stärken nicht nur das geistige, sondern auch das materielle Rennen des Deutschen Reiches, und das wird auch in diesem Falle geschehen. In geistigen Großtaten und in hervorragender Arbeit liegt unsere Zukunft.

— **500 000 Ellen Flanell** im Werte von 11 Millionen Mark und außerdem einige hundert Tonnen Kleidungsmaterial, zusammen einen Wert von über 20 Millionen Mark darstellend, sind kürzlich, wie das deutsche Rote Kreuz mitteilt, aus Amerika nach Deutschland zur Verteilung an die notleidende deutsche Bevölkerung gesandt worden. Diese sehr große Spende beweist, daß das amerikanische Hilfswerk noch immer im Wachsen begriffen ist. Die Spende ist eine Stiftung des amerikanischen Roten Kreuzes und wohl veranlaßt worden durch die vor kurzem erfolgte Gründung des „European Relief Council", dem das amerikanische Rote Kreuz und andere wohltätige Organisationen angehören und dessen Interessen in Deutschland besonders von der „Gesellschaft der Freunde" (Quäker) vertreten werden.

— **Dänische Warnungen vor der Fremdenlegion.** Die Kopenhagener Zeitung „Sozialdemokraten" veröffentlicht Klagebriefe von Dänen, die in der französischen Fremdenlegion in Marokko dienen, an ihre Eltern. Diese haben die Klagen ihrer Söhne dem dänischen Ministerium des Aeußern vorgelegt. Ein Briefschreiber berichtet: Ich konnte bisher nicht schreiben, weil wir uns als Sklaven verkauft haben. Wir müssen jeden Tag hart arbeiten und haben nicht einmal am Sonntag frei. Ein anderer schreibt: Wir werden mit Füßen getreten, geschlagen und für die geringste Kleinigkeit gestraft, bloß weil wir nicht französisch verstehen. Die meisten sind Deutsche, und die Unteroffiziere sind Deutsche. Ein dritter erzählt: Wenn entdeckt wird, daß wir an unsere Angehörigen schreiben, wie es uns hier geht, werden wir 60 Tage in Arrest gesteckt. Wird ein Durchbrenner erwischt, so kriegt er 5 Jahre Strafarbeit zu den anderen 5 Jahren. Wie „Sozialdemokraten" mitteilt, haben sich zahlreiche Eltern auch an die französische Gesandtschaft in Kopenhagen gewandt. Weiterhin veröffentlicht „Sozialdemokraten" eine Hamburger Meldung, in der es heißt, in Hamburg und in Altona fänden gegenwärtig umfangreiche Werbungen für die französische Fremdenlegion statt; es wird vor diesen Agenten gewarnt. Die Zeitung weist darauf hin, daß in Dänemark besonders der frühere dänische Leutnant Bjerring, der dann in französische Dienste getreten sei, für die Fremdenlegion in Marokko Leute geworben habe.

— **Maßnahmen gegen die Rinderpest in Ostpreußen.** Im Königsberger Oberpräsidium fand dieser Tage eine Sitzung statt über die Frage der die Ostgrenze bedrohenden Rinderpest, an der auch Vertreter der Landwirtschaftskammer und der zum Seuchenkommissar für Ostpreußen ernannte Regierungsrat Dr. Merks sich beteiligten. Man war sich darüber einig, daß alle irgendwie möglichen Maßnahmen ergriffen werden müssen, um ein Uebergreifen der Rinderpest, die sich jetzt besonders auf polnischem Gebiet stark verbreitet ist, auf ostpreußische Gebiete zu vermeiden. Die größte Schwierigkeit durchgreifender Maßnahmen liegt in der ausgedehnten, langgezogenen Grenze, für deren lückenlose Bewachung und Absperrung die zur Verfügung stehenden militärischen und polizeilichen Kräfte nicht ausreichen.

— **Die zerfressenen Banknoten.** Bei einer Bank in Lehe erschien vor einigen Tagen ein Landwirt aus dem Lande Würsten mit einem Paket von 2½ Pfund, in dem sich 40 000 Mk. in Banknoten befanden. Die Mäuse hatten jedoch die Scheine zernagt, und mit seinem Bemühen, die Fetzen gegen andere Banknoten einzutauschen, hat der Besitzer natürlich kein Glück gehabt.

Kein Unterschied zwischen Briand und Poincaré.

(TU) **London,** 29. Jan. Die „Times" wendet sich außerordentlich scharf gegen die Form, in der die deutsche Regierung ihre Stellung zum Wiedergutmachungsprogramm festlegte. Im übrigen gibt auch dieses Blatt zu, daß es sich um eine Krise handelt, bei deren Lösung Briand so furchtbar sein könne wie Poincaree selbst. Lieber als daß Frankreich den Versailler Vertrag über Bord werfe, werde es dazu greifen, ihn auf eigene Faust auszuführen. In diesem Punkte gäbe es keinen Unterschied zwischen Briand und Poincaree.

Schwerer Schneesturm in Paris

(TU) **Paris,** 29. Jan. Ein schwerer Schneesturm, der vorgestern einsetzte, hat hier großen Schaden angerichtet. Eine Reihe von Schiffen riß sich von ihren Liegeplätzen los und wurde in das Hafenbassin hineingetrieben. Der amerikanische 18 000 Tonnen-Dampfer „Präsident Frank", der gestern ausfahren sollte, riß sich im Hafen los und legte sich quer vor die Ausfahrt, wodurch die gesamte Fahrrinne versperrt wurde. Vor dem Hafen strandete der Motorsegler „Edies". Nach schwerer Arbeit gelang es, die aus sieben Mann bestehende Besatzung zu retten.

England räumt Mesopotamien.

(TU) **Amsterdam,** 29. Jan. Das englische Kriegsamt veröffentlicht einen Bericht über die Lage in Mesopotamien. Dort hat die Räumung durch die britischen Truppen bereits begonnen. Es dürfte nur eine kleine Besatzung im Lande zurückbleiben.

Kleine Nachrichten.

Sämtliche Parteien des Reichstages haben einen Antrag eingebracht, der die Vorlegung eines Gesetzentwurfes verlangt, der eine der Geldentwertung entsprechende Erhöhung der Wochenrunenbeihilfe vorsieht.

Wie der Vorwärts hört, ist der Entwurf über die Teilnahme der Betriebsräte im Aufsichtsrat im Reichsarbeitsministerium bereits fertiggestellt und wird dem sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages demnächst zugehen. Der Entwurf enthält auch Bestimmungen über das Einsichtsrecht der von den Betriebsräten delegierten Aufsichtsratsmitgliedern in die Bilanz.

Die gesetzliche Regelung der Hausangestelltenfrage ist bereits soweit gediehen, daß der Entwurf in absehbarer Zeit fertiggestellt sein wird.

Die Berliner Abendblätter melden, die interalliierte Kontrollkommission hätte in Königsberg nicht angemeldete Kanonen entdeckt, darunter zwei Haubitzen eines neuen Modells. General Nollet habe deshalb, nachdem er diese Nachricht erhielt, dieses dem Obersten Rat mitgeteilt. — Wie hierzu mitgeteilt wird, waren die Kanonen bereits auf dem Transport zur Zerstörung. Im übrigen handelt es sich nicht um neue Modelle, sondern nur um alte Geschütze.

Wie die Blätter aus dem Berliner Rathause erfahren, hat das Staatsministerium die Wahl des bisherigen Kämmerers Boeß zum Oberbürgermeister von Berlin bestätigt.

Der Landesausschuß der bayrischen Einwohnerwehren hat in seinen Satzungen die §§ 9 und 10 gestrichen, wonach bestimmt war, daß dem bayrischen Landeshauptmann der Einwohnerwehr der Verkehr mit den Wehrkreiskommandos und mit den Reichswehrbrigaden obliege. Damit wird der Zusammenhang der Einwohnerwehr mit der Reichswehr aufhören.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 31. Jan. (Nochmals Krieger-Denkmäler.) Bezugnehmend auf das Eingesandt vom 27. 1. 21. Nr. 22 möchte ich dem Einsender Herrn Emil Beller erwidern, daß er mein Eingesandt wohl nicht ganz so verstanden hat (oder vielmehr nicht verstehen will), in dem Sinne, wie ich es der Oeffentlichkeit übergab. Der Einsender faßt die Sache so auf, als wenn ich ein großer Denkmalsfreund wäre. Nein, mein lieber Einsender. Denkmäler haben wir genug, sie wuchsen ja in früheren Jahren wie Pilze aus der Erde (also nichts Neues). Ich bitte also den Herrn Einsender, den Sinn meines Eingesandts recht zu verstehen, und als Mitglied des Kriegsbeschädigten-Vereins meiner Anregung (gemeinschaftliche Kriegerehrung) wohlwollend gegenüber zu stehen. In dem Sinne, wie sich der Einsender die Kriegerehrung denkt, bin auch ich gerne einverstanden. Dieser Gedanke verdient voll und ganz die Unterstützung des gesamten deutschen Volkes. Grund zu meinem Eingesandt waren lediglich Zeitungsartikel, aus denen zu ersehen war, daß in vielen Gegenden (Münsterland, Osnabrücker, Paderborner Gegend usw.) bereits Gedenksteine für unsere gefallenen Helden nach Konfessionen getrennt, errichtet sind. Um auch diesem in Kamen vorzubeugen, gab ich meine erste Anregung. Ich betrachte auch die Anregung des Herrn Beller als sehr gesund und stelle mich gerne in den Dienst dieser Sache. Sollen aber Gedenksteine errichtet werden, so muß es auch als eine nationale Sache betrachtet werden ohne Unterschied der Konfessionen. Wie unsere Helden gekämpft haben und ihr Herzblut dahin gaben, müssen sie auch geehrt werden. In diesem Sinne hatte ich mein Eingesandt verfaßt; ob ich mir hierdurch Freunde oder Feinde gemacht habe, läßt mich kalt, ich habe ein gutes Ziel im Auge gehabt: Eine Kriegerehrung ohne konfessionellen Unterschied. Also eine reine nationale Sache. Weiter möchte ich mich über diesen Punkt nicht mehr herumstreiten.

Franz Stühlmeyer, Kamen.

Stanley, Wie ich Livingstone fand. (Volks- und Jugendausgabe als Band 5 der Sammlung „Reisen und Abenteuer".) 182 Seiten Text mit 28 Abbildungen und 2 Karten. Leipzig, F. A. Brockhaus. Gebunden 12 Mark. — Livingstone, der edle Freund der schwarzen Menschheit, war lange Jahre im innersten Afrika verschollen. Niemand wußte mehr etwas von ihm, auch seine Kinder nicht, und bunte Märchen umrankten seinen Namen. Es hatte auch niemand den Mut, sich hineinzuwagen ins Innerste des dunklen Weltteils und die Wahrheit über Livingstone zu erfahren. Dem jungen Stanley war es vorbehalten, gleich bei seinem ersten Betreten Innerafrikas alle Fragen über Livingstone zu lösen. Tief drinnen am Tanganika-See traf er den Vermißten, der das stille Leben unter den Schwarzen dem rauschenden Ruhm Europas vorzog. Stanley wurde später der Eroberer Inner-Afrikas. Aber schon sein erstes Werk „Wie ich Livingstone fand", das soeben als 5. Band der Sammlung „Reisen und Abenteuer" bei Brockhaus erschienen ist, zeigt ihn als den unerschrockenen Mann, der jeder Gefahr gewachsen ist, der keinem Abenteuer aus dem Weg geht, und der es versteht, seine Erlebnisse frisch und spannend zu erzählen. Sein Werk führt durch Deutsch-Ostafrika zu einer Zeit, als dort noch die wilde Natur unumschränkt herrschte und die Raub- und Sklavenzüge der Araber die friedlichen Negerdörfer verheerten. Um so interessanter liest sich heute Stanleys Bericht, der den großen Vorzug hat, mit den Originalbildern ausgestattet zu sein, die unter der Aufsicht Stanleys und nach seinen Zeichnungen entstanden sind. Dieser neue Band der „Reisen und Abenteuer" wird von jung und alt mit größtem Interesse gelesen werden.

Wochen-Chronik.

Endlich in den allerletzten Tagen,
Die der Januar uns noch gebracht,
Ist sein böses Wetter umgeschlagen,
Hat ein wenig Sonnenschein gelacht.
Ach, was war das für ein nasser Regen!
Durch und durch schlug er uns bis aufs Fell;
Welch ein Matsch auf allen unsern Wegen —
Na 's ist gut. Nun ist's ja wieder hell.

Leider geht's nicht an, daß ich verwende
Bildlich hier, was eben ich gesagt,
Denn etwa von schlechter Zeiten Ende
Hier zu reden, wäre sehr gewagt.
Unsres Volkes Daseins-Barometer
Zeigt uns dauernd schlechtes Wetter an,
Gegen das kein Jammer und Gezeter
Und kein Regenschirm uns helfen kann.

Unser Weg geht hin durch Schlamm und Pfützen,
Zähste Lebensdauer haben die,
Sollen Mittel uns dagegen schützen,
Müssen wir erst fragen: Hat man sie?
Gute Lehren sind genug zu kriegen,
Und „Schulmeister" gibt es massenhaft.
Nur ein Meister kann die Not besiegen,
Der an Weisheit reich ist und an Kraft.

Freilich Kraft! Indem man uns die Waffen
Wegnahm, hat die Kraft man auch geraubt.
Aber dennoch, vieles läßt sich schaffen,
Wenn man fest an eine Sache glaubt.
Und wir müssen solchen Glaubens leben
An den Sieg der Weltgerechtigkeit;
Ueber alles Böse aufwärts streben. —
Unser bester Helfer ist die Zeit.

Heut noch heißt es, mit Geduld ertragen,
Daß wir Knechte sind im eignen Haus,
Daß man spielt mit uns in unsern Tagen
Grausam, wie die Katze mit der Maus.
Unsre Feinde sitzen und beraten,
Ob man ganz die Rechnung präsentiert
Oder ob man gütigst uns in Raten
Kopf und Glieder sorgsam amputiert.

Immer kann's mich fuchsen, muß ich lesen,
Wie wir achtsam auf die Bande sind:
Wo Herr Briand, wo Lloyd George gewesen,
Wissen müssen wir es gar geschwind.
Was sie schließlich tun und was sie sagen,
Ihnen kommt es nur auf eines an:
Kann man Deutschland wohl zum Krüppel schlagen,
Soweit, daß es dennoch zahlen kann?

Jetzt heißt's leider, sie gewähren lassen
Und vielleicht ist's für uns selber gut,
Denn der Deutsche lernt dabei, zu hassen
Und es wächst der Furor ihm im Blut,
Wenn er nur sein eigen Volk verstände,
Wenn sich finden wollte Hand zu Hand!
Und die heil'ge Pflicht uns alle bände:
Alles nur für dich, o Vaterland.

Uli.

Heimattreue Oberschlesier!

Noch einmal mache ich darauf aufmerksam, daß **die Eintragungsfrist in die Stimmlisten nur noch bis zum 3. Februar 1921, abends 6 Uhr,** läuft. Alle verspätet eingehenden Anträge auf Eintragung werden keine Berücksichtigung erfahren, sondern unweigerlich zurückgewiesen werden. Derjenige Abstimmungsberechtigte, der einen Antrag auf Eintragung in die Stimmliste noch nicht gestellt hat, hole dieses sofort nach, noch ist es Zeit. Seid nicht säumig! Es handelt sich um die Daseinsfrage des Vaterlandes. Das Vaterland fordert in dieser Stunde der Entscheidung Eure Stimme. Ein jeder Abstimmungsberechtigte hat die Pflicht, seine Stimme dem Vaterlande zu geben. Wer über die Bestimmungen, die der interalliierte Ausschuß für die Aufnahme in die Stimmlisten erlassen hat, noch im unklaren ist, der wende sich sofort an die mir unterstellten Ortsbehörden — Bürgermeister, Amtmänner —, die sämtlich über die Bestimmungen unterrichtet sind und darüber bereitwilligst Auskunft geben werden.

Infolge der Nachrichten über die in Oberschlesien sich abspielenden Terrorakte sehe ich mich veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß es von Abstimmungsberechtigten nicht richtig gehandelt wäre, sich dieserhalb nicht in die Stimmlisten aufnehmen zu lassen. Der interalliierte Ausschuß wird angesichts der sehr nachdrücklichen deutschen Vorstellungen sich seiner Aufgabe, während der Abstimmung für Ruhe und Sicherheit zu sorgen, nicht verschließen können. Gefährlich und für die deutsche Sache in höchstem Maße abträglich wäre es, wenn ein Abstimmungsberechtigter schon jetzt aus Angst vor der Reise nach Oberschlesien sich davon abhalten lassen wollte, seine Eintragung in die Abstimmungsliste herbeizuführen. Wer diese Eintragung versäumt, kann hernach unter keinen Umständen zur Abstimmung reisen, selbst wenn dann, wie zu hoffen, wirkliche Ruhe und Sicherheit im Lande herrscht. Die Eintragung in die Abstimmungslisten verpflichtet selbstverständlich keineswegs zur Reise. Erst später, wenn der Tag der Abstimmung kommt, mag sich jeder darüber schlüssig werden, ob er reisen will oder nicht.

Hamm (Westf.), den 28. Januar 1921.

Der Landrat:

J. V.: v. Campe, Regierungs-Assessor.

In unser Handelsregister A ist heute unter Nr. 136 die Firma **Friedrich Mork in Kamen** und als deren Inhaber der Kaufmann Friedrich Mork in Kamen eingetragen worden. (Geschäftszweig: Handel mit Landesprodukten, (Lebensmitteln.) 505

Kamen, 24. Januar 1921.

Das Amtsgericht.



Nachruf.

Durch den Tod verloren wir unsern jungen Kontoristen

Hubert Jour.

Nach dreijähriger Lehrzeit hat er uns noch ein halbes Jahr als Kontorist dienen können. Trotz seiner kränklichen und schwächlichen Natur war er stets fleissig auf dem Posten und erfüllte treu seine Pflichten. Seine freundliche und stille Art hat ihm auf dem Kontor und im Betrieb aller Herzen gewonnen, und wir werden seiner stets teilnahmevoll und gern gedenken. 506

Kamen, den 28. Januar 1921.

Hermann Klein & Söhne, G. m. b. H.

Habe meine Praxis nach Dortmund, Friedrichstr. 1, gleich an der Rheinischen Strasse verlegt.

Zahnpraxis Max Döller.

— Fahrt wird voll vergütet. —

Holzverkauf

Haus Belmede.

Donnerstag, den 3. Febr., morgens 11 Uhr, sollen im Forstdistrikt **Nordberg,**

8 Morgen Abfallholz
30 St. Buchen zu Bandholz

nummerweise meistbietend verkauft werden.

Töddinghausen. 496

Blödorn.

Soeben eingetroffen

Ia. Mais	100 Pfd.	173.—
Ia. Maisfuttermehl	100 Pfd.	183.—
Ia. helles Rüböl	Ltr.	15.75
Ia. Schweineschmalz	Pfd.	13.90
Ia. fetten Speck	Pfd.	14.90
Ia. Pflanzenbutter	Pfd.	12.25
Ia. Vollreis	Pfd.	3.90
Ia. Palmin	Pfd.	15.90
Ia. Seife	Doppelstück	5.25
Ia. Apfelsinen (dicke)	Stück	1.25

Gebr. Sirringhaus, 514

Weststraße 4. Hammerstr. 194.

Wir verkaufen solange Vorrat!

511

Hemdenbiber, ungebl.	Meter	**12.00 Mk.**
Hemdentuch	Meter	**9.80 Mk.**
Handtuchgebild, 80 cm.	Meter	**8.00 Mk.**
Dunkelgestr. Siamosen	Meter	**17.50 Mk.**

Kaufhaus Lorig, Kamen, Weststrasse 26.

Heute

510

noch müssen Sie uns eine Karte schreiben, wenn Sie unsere Preisliste über Hygienische Artikel, Frauenduschen, Gummiwaren

gratis

zugesandt haben wollen.

Bendin & Co.,
Dortmund 1,
Schließfach 470.

Wer ein



Haus, Kotten, Grundstück, Bauplatz

und dergl. zu kaufen oder zu verkaufen sucht, wird es durch eine kleine Anzeige in der Kamener Zeitung erreichen. Ausserordentlich zahlreich sind die Angebote, welche auf eine solche Anzeige stets eingehen.

Auskunft 457

in hygienischen Angelegenheiten erteilt kostenlos 1236
E. Becker, Dortmund,
1. Kampstr. 126 II am Körnerplatz

Einige tragende prima



Wollschafe

zu verkaufen. 515

Wo, sagt die Geschäftsst. d. Ztg.

Drainröhren

in allen Weiten liefert waggonweise 86
Heinrich Dalhoff,
Hiltrup i. W., Tel. 22.

Ein neuer

Federflachwagen

hinten Kreuzfedern, 50 cm hohe Seitenflächen und Patentachsen, zu verkaufen oder gegen leichten zu vertauschen. 477
Heinrich Wulf, Kamen,
Oberer Schleppweg 36.

---

1 moderner, gut erhaltener

Kinderwagen

preiswert zu verkaufen.
Daselbst auch 1 tragendes
gutes Ziegenlamm
zu verkaufen. 499
Westick. Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Geschäftsübernahme!

Ab 1. Februar übernehme ich das Geschäft von Herrn Töpperwinn mit.

Mein Bestreben ist es, meine Kunden mit

guter Ware, zu reellen Preisen

prompt zu bedienen. 507

Ich bitte deshalb die Bewohner von Kamen und Umgegend, mein weiteres Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Rudolf Saarbeck

Kampstraße 24. **Rottstraße 7.**

Drehstrom-Motore

(Fabr. Bergmann, Berlin)

Jede Spannung und Leistung ab Lager Haspe oder Fabrik Berlin zu Fabrikpreisen, **sofort oder kurzfristig lieferbar.**

Herstellung elektrischer Licht- und Kraftanlagen jeden Umfanges.

389 Installations-Büro für Elektrotechnik.

Theodor Plate, Haspe i. W., Fernruf 3591 Amt Hagen.

Concessioniert bei folgenden Werken: Kommunales Elektrizitäts-Werk Mark, Hagen; Verbands-Elektrizitäts-Werk, Dortmund; Städtisches Elektrizitäts-Werk, Hagen.

Reparaturen

an

Automobilen, Motorrädern und Elektromotoren

werden prompt ausgeführt von fachkundigen Monteuren, mit langjährigen Erfahrungen, durch die

509 **Westdeutsche**

Elektro- und Auto-Industrie

Fernruf 466 **Unna** Büro: Burgstr. 30.

Reparatur-Werkstatt: früher Rasche-Brauerei, Morgenstrasse.

Siegellack

in guter Qualität
:: empfiehlt ::
Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Ein blauer

Konfirmanden-Anzug

zu verkaufen. p471
Westick, Mühlenstr. 24.

Möchte meine
3-Zimmer-Wohnung
in Heeren mit Stall und Garten gegen
4-Zimmer-Wohnung
in Kamen od. in der Nähe verkauschen. 487
Offert. unt. **A. S. 487** an die Geschäftsstelle.

Suche zum 1. oder 15. Februar ein ordentl., braves

Mädchen

von 14—16 Jahren. 483
Wilhelm Lindemann,
Overberge Nr. 100.

Treues, sauberes

Mädchen,

das auch mit einer Kuh umgehen kann, auf sofort gesucht. p508

Heil 27.

Günstiges Angebot!

Feinstes Backöl	Liter	15.50
Ia. Futtermehl	Pfund	1.90
Ia. Kernseife	Doppelstück	5.90
Ia. braune Seife	helle Ware Pfund	7.50
Ia. Malzkaffee	Pfund	3.90

Kaufhaus für Lebensmittel 513

P. Bickmann

Weststraße 21. **Kamen.** Telephon 373.

Neu erschienen!

Telefon-Verzeichnisse

nach amtlichen Unterlagen, enthaltend, die Namen aller beim Postamt Kamen angeschlossenen Telefoninhaber.

Unentbehrlich für jeden Telefonanschluß.

Preis je Stück 3.00 Mark.

Erhältlich in der

Buchhandlung der Kamener Zeitung.